

# Cübecker Volksbote

## Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt bei der Lesezeitung durch die Aussträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46

Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgestaltene Zeitung oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

## Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 293.

Montag, den 16. Dezember 1918.

25. Jahrg.

### Die Sozialisierung.

V.

#### Die geistige Arbeit und die Sozialisierung.

Je freudiger der Handarbeiter teilnimmt an seiner Tätigkeit, was leider in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur ausnahmsweise in Erscheinung tritt, desto mehr schwindet oder vermindert sich wenigstens der Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeit. Es fällt keinem Sozialdemokraten ein, alle Handarbeiter in der sozialistischen Gesellschaft gleich zu entlohnern. Erhoffen wir uns auch eine hohe moralische Hebung der Arbeiterschaft in einer Periode des vollendeten Sozialismus, so wissen wir doch, daß alle Menschlichkeiten fortduieren werden, wenn sie auch abgeschwächt und abgetönt sein werden. Es wird immer freudig schaffende und der Arbeit aus dem Wege gehende Menschen geben, es wird anstellige und unlustige Produzenten geben. Es wird Arbeiter geben, die unter dem Druck der sozialistischen Arbeitspflicht das Mindestmaß dessen leisten werden, was man von jedem eingelenkt erzwingen will; es wird aber viele geben, die weit mehr leisten werden. Denen, die bloß das Minimum, zu dem die Gesellschaft sie verpflichtet, schaffen werden, denen wird in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft nur die äußerste Notdurft des Lebens gesichert sein. Auf mehr werden sie keinen Anspruch haben und auch keine Gelegenheit finden, mehr zu genießen, weil man in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft keine andere Berechtigung zur Erfüllung hoffen kann, als die aus der Arbeit sich ergebende. „Alle Menschen sollen arbeiten“ sagt Jean St. Simon in seinen Genfer Briefen, die am Anfang der ersten französischen Revolution gehörten wurden. Denen, die mehr leisten, als unter dem Arbeitszwang von der Gesellschaft gefordert ist, wird nach der Leistung Genußmöglichkeit gewahrt werden. Unter Berücksichtigung der freien Wahl wird ihnen mancher Lebensgenuss ermöglicht werden, den jene entbehren werden, die in Trägheit nicht mehr zu leisten gesonnen sind, als was sie unbedingt leisten müssen.

So wird es nicht an Antrieben zur Arbeit fehlen.

Bei der geistigen Arbeit ist das Prinzip der Entlohnung sicherlich schwieriger, weil für die geistige Arbeit natürgemäß die einfachen Maßstäbe fehlen, wie z. B. die Tonnenzahl an geförderten Kohlen, die Zahl der vermauerten Badsteine, die Meter gewebten Tüches usw. usw. Eine absolute Gerechtigkeit wird es da nicht geben, weil die geistige Arbeit, soweit sie wirklich hohen Rang hat, niemals lediglich in Werk und Wagnissen, auch nicht in Kilogramm Fleisch und Mehl endgültig und restlos gewertet werden kann. Nur gerechter und würdiger vermag die Entlohnung der geistigen Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft zu sein als in der, die zu überwinden wir uns anschicken.

Betrachten wir, wie in der heutigen Gesellschaft die geistige Arbeit gewertet wird. Wie viele deutsche Dichter und Denker sind verhungert, wie viele große Werke der Wissenschaft mussten in elenden Dachstuben verfaßt werden! Wie viele große Erfindungen waren die Vorauslegerungen, daß reiche Männer Millionäre wurden, daß aber die großen Erfinder von Almosen leben müssten! Der größte Teil unserer Patente kommt den Eignern des Kapitals zugute, die sie in ihren Fabriken ausdeuteten, während die Erfinder selbst nur zum allergeringsten Teile Nutzen aus ihren Erfindungen ziehen können. Glaubt jemand, daß in der bürgerlichen Gesellschaft ein Friedrich Schiller, ein Heinrich von Kleist, ein Immanuel Kant, ein Hegel nach ihren Leistungen für die Menschheit entlohnt wurde? Wenn ist es besser im Leben gegangen, Theodor Mommsen, dem Verfasser der weltberühmten Römischen Geschichts, oder seinem Schne, der Flüger war und Direktor einer der großen Banken in Berlin geworden ist? Man weiß, daß die Angestellten von den großen Fabriken verpflichtet werden, die Erfindungen, die sie gemacht haben, den Unternehmern zumeist kostenlos oder gegen eine kleine Anerkennungsgebühr zur Verfügung zu stellen. Marx und Engels sagen im „Communistischen Manifest“, in dieser wunderbaren, vor 71 Jahren geschriebenen Proklamation der Sozialdemokratie:

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit stromer Schen betraute Tätigkeiten ihres Heiligtums entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Die geistige Arbeit ist es niemals so schlecht gegangen, wie in der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele große Künstler mußten sich für ein warmes Abendbrot und zwei Goldstücke oder nur für die Goldstücke, weil sie zum Mittesen in die seine Gesellschaft nicht gelassen wurden, dazu herabwürigen, einem unaufmerksamen Brockenpublikum mit ihrer Kunst zur Unterhaltung zu dienen. Das hatte Mort von Karl Marx ist leider nur zu wahr geblieben, auch durch die 70 Jahre, die seitdem verglossen sind.

Nicht nur der klingende Erfolg, nicht nur das Ansehen in der Gesellschaft in den Dichtern und Dichterinnen im unteren Gesellschaft veragt, sie haben auch nur mit einem ganz kleinen Bruchteil ihres Volkes wirken können. Sie sind die große

Masse unseres Volles ist Goethes Faust nicht geschrieben worden, haben unsere großen Denker nicht gedacht, haben unsere großen Dichter die Welt nicht erhellt. Schon um deswillen ist die heutige Gesellschaft für die geistigen Arbeiter eine traurige Wüste. Wie ganz anders die sozialistische Gesellschaft. Wir wollen alle geistigen Kräfte, alle Gemüter unseres Volles aufnahmefähig machen. Soweit sie nicht geistig und künstlerisch leisten können, sollen sie Wissenschaft, Dichtkunst und Kunst genießen können. Ein großes aufnahmefähiges Publikum soll den geistigen und künstlerischen Arbeitern zur Verfügung stehen. Beflügelt wird die geistige Arbeit werden durch die Möglichkeit, für das ganze Volk und nicht bloß für eine dünne Schicht durch das Glück Vorzugter wirken zu können.

Aber auch das Materielle, das die heutige Gesellschaft den meisten geistigen Arbeitern versagt, kann und wird in der sozialistischen gewährt werden. Natürlich wird auch in der sozialistischen Gesellschaft der geniale Geist, der seinem Zeitalter um Jahrhunderte vorausseilt, kaum begriffen oder wenigstens nicht voll gewürdigt werden. Es liegt uns durchaus fern zu meinen, daß die sozialistische Gesellschaft fehlerlos sein und alle Probleme lösen wird. An menschlicher Unvollkommenheit wird es niemals fehlen. Aber für die große Masse der geistigen und künstlerischen Arbeit wird sich Gelegenheit genug ergeben, sich unter weitaus günstigeren Bedingungen zu betätigen, als das heute möglich ist.

Die künftige Gesellschaft wird alles daran setzen, die geistige Arbeit anzuregen, sie zu der höchsten Leistung auszubilden. Den Dichter und den Komponisten, den Maler, den Bildhauer, den Architekten, bei hohe oder gar unvergängliche Werte schafft, wird die Gesellschaft arbeitsfreudig zu stimmen suchen, damit all das, was in ihm an Kraft wirkt, auch zur Vollendung gedeihlt. Ob man die materielle Entschädigung vollständig nach dem Werte der Leistung bestimmen kann, wird immer eine Frage bleiben. Niemand wird sagen können, was der Gegenwert von Kants „Kritik der reinen Vernunft“ oder von Spinozas „Ethik“, von Helmholz’ „Optik“, von Marzens „Kapital“, von Shakespeares „Hamlet“ in Gold, Weizen oder Kehle sei. Sicher ist, daß diese großen Werte in der nichtsozialistischen Gesellschaft bei weitem nicht nach ihrem Werte bezahlt wurden. Niemand wird behaupten, daß diese Werte erwachsen sind durch die bisherige Ordnung ausgelösten wirtschaftlichen oder ideellen Antriebskräften.

Es gibt natürlich Leistungen, die eher meßbar sind, so eine große Erfindung, die die Produktion steigert oder die bisher notwendige Arbeitskraft mindert, oder an Rohmaterialien und Hilfsstoffen spart. Aber hier kommt in neuinhundertstehen und neunzig von tausend Fällen innerhalb unserer Gesellschaft der Vorteil den Kapitalseignern, nicht aber den Erfindern und Entdeckern zugute. In der sozialistischen Gesellschaft aber wird der reichlicher Belohnung sicher sein, der an Arbeit, Mühe wie an Materialien spart, und der damit der ganzen Welt nützt, ihren Reichtum steigert, die Zeiten für die Arbeiten verkürzt und schon dadurch ein höheres Genügeleben ermöglicht.

Nun wird man einwenden, ja was kann denn die sozialistische Gesellschaft überhaupt leisten, um diese großen Förderer der Menschheit zu belohnen? Sie wird den Leuten Schlagschleppen und Hungerstillung gewähren, sie wird sie kleiden und ihnen irgendwelche Erholung schaffen, aber sie kann doch nicht mehr. Das ist durchaus falsch. Die sozialistische Gesellschaft wird die Massengüter allen zuteil werben lassen, die arbeiten, aber sie wird niemals in der Lage sein, gewisse höhere Leistungen allen zugute kommen zu lassen, weil diese höheren Güter auch in der sozialistischen Gesellschaft nur in beschränktem Maße vorhanden sein werden und deshalb nicht allen zugute kommen können. Man wird nicht alle Leute eine Reise um Italien machen lassen können, noch weniger wird man allen die Möglichkeiten bieten können, eine Reise um die Welt zu machen, man wird nur wenigen besonders schöne Möbel, große Kunsterwerke zum Schmude ihrer Wohnung gewähren können, man wird nicht jedem eine wertvolle Bibliothek in das Haus stellen können. Wohl aber werden all diese ausnahmsweisen Leistungen der Gesellschaft denen zuteil werden können, die Hervorragendes für die Gesellschaft geleistet haben. Man kann sich ganz wohl denken, daß ein großer Erfinder, der seine Frau ausschlägt, den Wunsch hat, sie mit Diamanten zu schmücken, wenn ihm diese als Dank für die große Leistung geboten werden, mit der er der Gesellschaft gedient hat. Diese Frau wird mit größerem und berechtigterem Stolz diesen Schmuck zeigen, können als heute, wo sie ihn doch nur dem ererbten oder vielleicht nicht lediglich erworbenen Reichtum ihres Gatten verdankt und deshalb besser tätte, diesen Schmuck nicht zu zeigen.

Ein Problem der geistigen Arbeit in der sozialdemokratischen Gesellschaft läuft manchem unüberwindlich, weil er zuhaben möchte diese Gesellschaft ansah. Man stellt sich vor, daß die geistige Arbeit wie alle Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft vom Staat reglementiert wird und daß deshalb nur im Sinne der Staatsgewalt ausgeübt werden kann, daß es also deshalb eine geistige Arbeit im Gegenjahr zu verbreitenden Gewalt in der sozialistischen Ge-

sellschaft nicht geben könne. Das Prinzip der freien Meinungsäußerung in politischer wie religiöser Hinsicht muss erst recht in der sozialistischen Gesellschaft Geltung haben. Wird auch diese Gesellschaft, wenn sie vollendet ist, das Geld kaum kennen, so wird sie dafür die Möglichkeit der Vereinigung von Menschen geben, die auf einen Teil der ihren Mitgliedern zukommenden Leistungen der Gesellschaft verzichten können zugunsten einer Vereinigung von Menschen, die ihren religiösen und politischen Bedürfnissen, sei es durch das Herausgeben einer Zeitung, sei es durch Unterstützung von Kirchen genügen kann und wird. Es wird also die Möglichkeit bestehen, allen geistigen Bedürfnissen ohne jede Einschränkung und ohne jede Bevorwürfung durch irgend eine staatliche Gewalt Rechnung zu tragen.

So glauben wir, daß auch die geistigen Arbeiter zur höchsten Entfaltung ihrer Fähigkeiten, zu größten Leistungen und zur tiefsten inneren Befriedigung kommen können in der sozialistischen Gesellschaft. Sie werden keine Sehnsucht nach der bisherigen Ordnung empfinden und am allerwenigsten nach den „Fleischköpfen“, die die kapitalistische Gesellschaft für die geistigen Arbeiter bereitgestellt hat.

### Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr.

1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist eine freiwillige Volkswehr zu bilden.

2. Die Vollmachten zur Aufstellung der Abteilungen dieser Volkswehr erteilt ausschließlich der Rat der Volksbeauftragten, der auch die Zahl und Stärke der Abteilungen festsetzt.

3. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten. Sie verpflichtet sich der sozialistisch-demokratischen Republik durch Handschlag.

4. In die Volkswehr werden nur Freiwillige aufgenommen. Sie wird außerhalb des Rahmens des Heeres stehen. Gerichtliche und Disziplinarverhältnisse werden noch geregelt.

5. Die Freiwilligen wählen ihre Führer selbst und zwar etwa 100 Freiwillige (Hundertschaft) einen Führer und drei Zugführer. Mehrere Hundertschaften bilden eine Abteilung und wählen einen Abteilungsführer und Stab. Ihm steht ein Vertrauensrat von fünf Freiwilligen zur Seite.

6. Jeder Freiwillige ist im Dienste zum Gehorsam gegenüber seinen selbstgewählten Führern verpflichtet.

7. Für die Annahme der Freiwilligen ist Voraussetzung, a. in der Regel die Zurücklegung des 24. Lebensjahrs, b. körperliche Rüstigkeit, c. längerer einwandfreier Frontdienst.

8. Die Freiwilligen haben zunächst eine Probezeit von 21 Tagen zu leisten; wird ihre Geneigtheit festgestellt, so sind sie zunächst auf sechs Monate zu verpflichten. Die Verpflichtung kann nach Ablauf dieser Zeit von drei zu drei Monaten verlängert werden. Eine frühere Löschung des Dienstverhältnisses ist bei schwerer Verletzung durch das selbe begründeter Pflichten zulässig, sie erfolgt durch den Abteilungsführer unter Zustimmung des Vertrauensrates.

9. Die Freiwilligen sind wie Mannschaften des Soldatenstandes zu bekleiden und auszurüsten, zu bewaffnen und unterzubringen. Wegen besonderer Bekleidung und Abzeichen bleibt eine Bestimmung vorbehalten. Gebühren- und Versorgungsansprüche werden noch festgesetzt. Früher erworbene Versorgungsansprüche bleiben bestehen.

10. Das preußische Kriegsministerium hat mit Zustimmung der Volksbeauftragten die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

### Aus den besetzten Gebieten.

Die Brückenkopfe Köln, Koblenz und Mainz sind von den deutschen Truppen vollständig geräumt worden, ebenso die neutrale Zone bis auf die dort zurückgelassenen Polizeitruppen.

In Wiesbaden ist die französische Besetzung zunächst in Stärke eines Infanterieregiments eingetroffen. Für die Presse ist die Vorzensur eingeführt.

Eine Verordnung des Bürgermeisters von Mainz, ergründet auf den einmütigen Beschluss des Gemeinderats, erklärt die französisch Sprache als die einzige offizielle Sprache in Mainz.

Die französische Kommission für Elsass-Lothringen stellt fest, daß die deutsche Heeresleitung in Elsass-Lothringen während des Krieges für 2 Milliarden Franken verantwortlich gestanden.

Reichsland hat seine endgültige Besetzung erhalten. Die Bevölkerung steht unter strenger Zensur. Das Erscheinen der „Niederrheinischen Volkstribüne“ ist untersagt.

Der R. und S. Rat in Neurenach hat in Trier angefragt, ob für die vom Feind besetzten Gebiete umgebildete

Ausreise und Rückkehrsmöglichkeit der Delegierten gewährt wird, die zu der Berliner Tagung der A. und S.-Räte entsendet werden. Diese Frage wurde von der Waffenstillstandskommission an die oberste Heeresleitung der Alliierten weitergegeben. Marshall Foch hat darauf die lakonische Antwort erbracht: "Die alliierten Mächte erkennen den A. und S.-Räte nicht an."

## Die Wahlen zur Nationalversammlung.

### Der Wahlaufruf der bürgerlichen Demokratie.

Die Deutsche demokratische Partei hat ihren Wahlaufruf veröffentlicht, und das „Berliner Tageblatt“ sagt von diesem Schriftstück mit einer wohlbegriindeten Ironie, daß zwischen diesem Wahlaufruf und dem früheren Wahlaufruf der bürgerlichen Linksparteien kaum noch eine Familiennähe besteht. In der Tat hat die demokratische Partei aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm soviel übernommen, als nur irgend entlehnt werden konnte, ohne ihren wichtigsten Programm punkt zu gefährden: die Aufrechterhaltung des Privateigentums. Aber selbst bei diesem muß sie die Einschränkung machen, daß die Frage der Sozialisierung rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden ist, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erreicht werden kann. Diese Frage ist indessen nicht nur praktisch für den Einzelfall, sondern auch grundsätzlich zu entscheiden. Stredt man danach durch sozialistische Organisation der Erzeugung den Produktionsanteil der breiten Massen zu vergrößern oder sieht man sich das Willensziel entgegengestellt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu erhalten und nur soweit zu sozialisieren, als eben unter dem Druck der Volksmassen unvermeidlich ist. Und da ist unsere Auffassung, daß der Krieg nicht nur den Bankrott des alten deutschen Herrschersystems, sondern auch den der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erwiesen hat. Die politischen Fragen sind entschieden und im wesentlichen erledigt. Die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokratie stehen sich gegenüber als reine Vertreter der verschiedenen Wirtschaftssysteme, kapitalistisches Privateigentum und sozialistische Gemeinschaft.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Über die Berliner Studentenwehr. Veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Bericht des Polizeipräfidenten Eichhorn. Es wird darin geschildert, daß die Zusammenkünfte eines größeren Kreises von Offizieren und Studenten im Hotel Bristol die Bildung einer weißen Garde und die Vorbereitung gegenrevolutionärer Unternehmungen bezweckten. Eine Durchsuchung der Räume ergab, daß die Versammelten fast durchweg mit Pistolen bewaffnet und mit Munition versehen waren. Die festgehaltenen Personen erklärt sämtlich, daß sie auf dem Boden der gegenrevolutionären Regierung ständen. Sie rechneten mit einer Beteiligung von 600 Studenten. Ein vorgetriebenes Schriftstück deutete auf eine Verbindung mit den Anführern des Putzches gegen den Volkszugsrat hin. In einem anderen Schriftstück war von Waffenraub, Alarmplänen, Munitionsdepots, Funkenstation, Flieger für bestimmte Zwecke, Flammenwerferabteilungen usw. die Rede. Eine Haussuchung bei Dr. Sad im Hotel Bristol ergab über 10 000 Mark an barem Geld und Bündel Quittungen über 1000 Mark und 500 Mark. Auf die Frage, woher das Geld stamme, gab Dr. Sad an, daß Freiherr v. Stumm, früher im Auswärtigen Amt, diese Summe für die studentische Soldatenwehr gesammelt habe. Bei der Vernehmung wurde festgestellt, daß die beiden Studenten Brüder Hedenstorff im Begriff standen, nach Köln zu fahren, um amerikanische Truppen für die Aufrechterhaltung der nach ihrer Meinung von links her gesetzten Ordnung herbei zu holen. Die „Rote Fahne“ weiß noch zu melden, daß die Waffensicherung an die Studenten im Einverständnis mit dem Abteilungschef und Departementsdirektor im Kriegsministerium, General v. Weisberg, erfolgt sei.

### Deutschland

Fehrenbach protestiert weiter. Der Präsident des früheren Reichstages richtete an die Reichsleitung ein Schreiben in dem er sagt: Es ist falsch, von

der Absicht einer Gegenteilung oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Regierung machen wolle. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung von Voraussetzungen für den baldigen Abschluß des Krieges. Die Voraussetzung meiner tatsächlichen Verabsiedlung des Reichstages durch Bekanntgabe von Ort und Zeit ist eine zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die jeglichen Gewalten in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt werden. Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantwortet ich mit ruhigem Gewissen.

### Ablieferung von Heeresgerät!

Der Rat der Volksbeauftragten erlässt eine Verordnung mit Gesetzeskraft über die Jurisdiktion von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches. Darin heißt es:

Wer sich unbefugt in dem Besitz von Waffen befindet, die aus Heeresbeständen stammen, ist verpflichtet, sie innerhalb der von den zuständigen Behörden bezeichneten Frist abzuliefern. Wer zuständige Behörde ist, bestimmt die Landeszentralbehörde. Unbefugter Besitzer ist, wer ohne den Willen der Reiterung oder der ihr unterstehenden Organe den Besitz solcher Waffen erlangt hat oder erhält. Die gleiche Verpflichtung liegt demjenigen ob, der Heeresgerät und Heeresgut aller Art (Fahrzeuge, insbesondere Kraftfahrzeuge, Pferde) in Besitz hat, ohne sich über den rechtlichen Erwerb dieser Gegenstände auszuweisen zu können. Handelt es sich um militärische Bekleidung, oder Ausrüstungsstücke zum persönlichen Gebrauch, so ist dem Besitzer der Nachweis des unrechtmäßigen Erwerbs zu führen. Nicht befolgung zieht Gefangenstrafe bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. nach sich.

### Eisner für bürgerliche Selbstständigkeit.

In der Eröffnungsansprache des bayrischen provisorischen Nationalrats gab der Vorsitzende im Ministerrat Eisner eine programmatische Darlegung der Politik der Regierung. Wir können und wollen, so lädt er aus, nur demokratische, sozialistische Politik treiben. Die Einzelstaaten mühten in sich selbst ersteren. Wir sehen kein Heil darin, wenn durch eine Verbindung zwischen den Einzelstaaten eine nationale Verfassung gegeben wird. Der deutsche Süden, Bayern will sich seine Eigentümlichkeiten erhalten. Wir wollen nicht die Vorherrschaft irgend eines Staates. Wir wollen gemeinsame Arbeit aller Staaten.

### Bürgerlicher Parteiblock in Bayern.

In München erlaufen Politiker aller Parteirichtungen des Bürgertums einen Aufruf zu einem Block der bürgerlichen Parteien. Es soll keine neue Partei gegründet und keine Verschmelzung betrieben, sondern nur eine Verständigung in den vordringlichsten politischen Fragen zur Verhütung von Zersplitterung und unnötigem Streit herbeigeführt werden.

### kleine politische Nachrichten.

Weitere 320 Millionen Franken in russischem Gold sind aus Deutschland in Paris angekommen und bei der Bank von Frankreich deponiert worden.

Die Beseitung Berlins und die Begehung der Alliierten mit der jeweiligen Regierung zu verhandeln, entbehren nach Genfer Berichten der „Ernst. Ztg.“ jeder Begründung.

Ein Delegationsitag der Fronttruppen Berlin und Umgegend beschloß, sich auf den Boden der Regierung zu stellen und jedem Terrorismus entgegenzutreten.

Die in Italien gebildete polnische Armee, 50 000 Mann stark, kann nunmehr als marschfähig bezeichnet werden. Ein Regiment soll über einen französischen Hafen nach Danzig verschiffen werden. Der Rest soll über Österreich nach Polen marschieren.

### Neue Kleider.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die Reichsregierung bereitet zwei neue Anleihen vor, und zwar eine Demobilisations- und eine Kriegsentschädigungsanleihe. Der Anleihemarkt ist deshalb bis auf weiteres für die Bundesstaaten gesperrt. Falls die einzelnen Bundesstaaten wegen ihrer finanziellen Lage Anleihen aufnehmen wollen, müsse das auf dem Wege der Schatzscheine geschehen.

### Österreich.

Die A. und S. Galgenjustiz. Der Oberste Militärgerechtsamtsrat gibt nach einer Meldung des „Petzi Hitler“ bekannt, daß nach den amtlichen Aufzeichnungen während des Krieges

11 400 Personen von den Militärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. 3800 wurden begnadigt, aber erst nach vollzogener Hinrichtung.

— Wer Wind hört, wird Sturm ernst! Der wilde Wölkerrum auf österreichisch-ungarischem Boden ist die Ernte jener blutigen Unterdrückungspolitik.

### Italien.

Kriegsostenzenschädigung. Nach italienischen Berichten beansprucht Italien eine Entschädigung von etwa 100 Milliarden Franken, wobei bemerkbar wird, diese Summe steht unter dem Betrag, der eigentlich gefordert werden möchte.

### Frankreich.

Eine stürmische Sitzung hatte die französische Kammer. Die vorbereitete Einmischung der Entente in Russland hatte die heftigsten Angriffe aller sozialistischen Richtungen zu erleben. Lasson und Blanquet brachten ihre Interpellation über die Verbundspolitik gegenüber Russland zur Sprache. Blanquet lehnt jede Erörterung der Interpellation ab. Er verlangte die Verhandlung und stellte darauf die Vertrauensfrage. In außerordentlich energischem Ton und unter lebhaftem Beifall der gesamten Sozialisten erklärte Blanquet: Die Expedition nach Russland, wo immer noch gelämpft werde, sei eine glatte Verleugnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er möchte nicht, daß die französische Republik sich die Formel: Gewalt geht vor Recht zu eigen mache. Rechte und Zentrum protestieren. Deschanel ruft Blanquet zur Ordnung. Blanquet will sich auf einige Deputierte der Rechten stützen, wird aber von den Bedienten des Saales davon abgehalten. Caix erklärte sodann, seit vier Jahren habe die Regierung das Parlament und seine Ausschüsse vollkommen im Unklaren über die auswärtige Politik gelassen. Jetzt, da im Kongreß von Versailles die ernstesten Fragen, die sowohl an die Welt herangetreten seien, erörtert würden, müsse das Parlament wissen, was die Vertreter der französischen Republik dort vornehmen werden. Lasson und Albert Thomas schließen sich den Forderungen Caix an. Ebenso mehrere andere Sozialisten und Linksradikale. Die Kammer steht jedoch sichtlich unter dem Eindruck der Rede Clemenceaus über den Besuch in Elsaß-Lothringen, und so wird auch diese Interpellation mit 357 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

### Russland.

Kapitulation der Sowjetmacht? Der aus Russland zurückgekehrte schwedische Marineattaché, Kapitän Elliot, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter von Stockholms Bildungen, daß die Bolschewiki in letzter Zeit die Frage der Kapitulation der gesamten Sowjetmacht ernstlich in Erwägung ziegen. Dafür seien Lenin und Tschernoff eingetreten, während Trotki, Radek und Tschischcer für die Beibehaltung der Macht stimmen. Bei der allgemeinen Abstimmung siegte die legitierte Partei mit 12 Stimmen Mehrheit. Petersburg sei seit 14 Tagen von jeglicher Lebensmittelzufuhr abgeschnitten, wahrscheinlich, weil man damit rechne, daß die Stadt demnächst den Engländern in die Hände fallen könnte.

### England.

Der 8-Stunden-Tag marschiert. Die Unternehmer der Eisen- und Stahl-Industrie in England haben ihren Arbeitern den 8-Stunden-Tag zugestanden.

## Aus Süden und den Nachbargebieten.

Montag, 16. Dezember.

### Die Vollziehung des A.- und S.-Rates

am Freitag beschäftigte sich zunächst mit der Neuregelung der Offiziersfrage. Darüber referierte Kamerad Reithfeldt. Die weitere Bekämpfung der Offiziere habe sich bekanntlich an der Frage des Treuvides zerschlagen. Die Jahrgänge 1896 bis 98 sind zu einer Formation zusammengezogen worden. Redner gab Details über Dienstteilung und Ausbildung. Es sei dann beachtigt, eine Sicherheitsgruppe zu schaffen, nach dem Muster der republikanischen Soldatenwehr in Berlin. Vor allem sollet dafür aus dem Felde zurückkehrende, noch arbeitslose frühere Gejagte in Frage kommen, die mit 10 Mark pro Tag entlohnt werden. Außerdem wurde der Zapfenstreich für die Jahrgänge 96 bis 98 auf 11 Uhr festgesetzt. In der Debatte sprach sich Genosse Henze dahin aus, daß es S. E. genügt hätte, die Offiziere lediglich auf die Regierung Ebert-Haase zu vereidigen und nicht noch besonders auf den A.- und S.-Rate. Die Genossen Anna und Krüger bringen Fälle von mangelnder Disziplin und verschle-

"Hast recht, Bauer," entgegnete sie. „Wollt schon früher hier sein. Aber die hatte so viel zu erzählen, daß man niemals fort konnte. Sollst aber gleich dein Essen haben.“

Kurz darauf hörte der Bauer, wie sie in der Küche umherhantierte und bald standen auch schon die dampfenden Schüsseln auf dem Tische. Schweigend wurde das Abendbrot eingenommen und ebenso schweigend begab man sich zur Nachtruhe.

### Kapitel 5.

Am nächsten Tage befand sich der Bauer in sehr begeistertem Aufregung. Es sollte nun endgültig darüber im Gemeinderat beschlossen werden, ob das Entsorgungsverfahren für das zur Eisenbahn nötige Land bei der Regierung beantragt werden sollte oder nicht. Als der Nachmittag herantrat, steigerte sich die Aufregung des Bauers in immer höherem Maße. Die Bauerin sah ihn älter mit besorgter Miene von der Seite an. Sie selbst konnte es ihrem Manne nicht verbergen, wenn er von dem ganzen geplanten Eisenbahnbau nichts wüsste. Wenn auch sie fühlte, daß auf dem sonst ruhigen Hofe weit gern wohl. Wenn aber die Bahn ihr Gelände durchschnitten würde, so meinte sie, daß es dann auch mit der bisherigen ländlichen Einigkeit und Stille für immer vorbei sein würde.

So gegen fünf Uhr zog der Bauer seinen Sonntagsanzug an, um zur Gemeinderatssitzung zu gehen. In seinen Mienen zeigte sich ein trostiger Entschluß.

„Na, Wein!, sagte er gut Bäuerin, „hast wieder gut fröhig hergeholt. Will doch mal sehen, ob man mir mein Land wegnahmen kann. Wenn ich nicht will, Satte noch mal, es muß ja kein Recht mehr im Land geben, wenn das tötet.“

Hast schon recht, Bauer,“ meinte sie. „Aber ich führt die Rechtmäßigkeiten durch. Es ist ne verdächtige Welt jetzt!“

„Meinst?“ grölte er. „Ja, dann weiß ich nicht, was noch gescheint.“

Damit nahm er seinen mächtigen Anzugsstoff und der Bauerin kurz zuwinkend, verließ er sinkend blickend den Hof.

Kurz fuhr die Bäuerin ihm nach. Dann schnüffelte sie den Kopf und bogte nur sich hin.

„Das kommt noch ein böses End, wenns so weiter geht. Ich möcht heute nicht dabei sein.“

Wie der Bauer etwas kurz nach der angelegten Zeit in das Gemeinderat kam, welches von dem einzigen Rathof des Dorfes, zum goldenen Apfel, bestand, mit kurzem Gruß eintrat, war der Rat schon völlig verstreut. Derselbe wurde von fünfzehn Gemeindemitgliedern gebildet, welche sich ihren Vorsitzenden, dem Ortsältesten, aus ihrer Mitte heraus wählten.

Dann mußte die Bauerin die Karten dreimal abheben und langsam breitete die Alte die Karten auf dem Tische aus.

Lange betrachtete sie diese. Den Kopf hin- und herwiegend, murmelte sie unverständliche Laute vor sich hin. Endlich, nach langen, langen Minuten, legte sie zu der Tafel jähgrob aufs Aufzährenden:

„Bist in nicht allzuferner Zeit was Schlechtes mit dem Bauer durchzumachen haben. Aber's gibt sich dann wieder. Und dann wird bald eine Freude erleben. Zuerst wenig, nichts wohl bald gar nicht merken. Dann aber wird die Freude immer größer, keiner bis ans Lebensende.“

Sie überzog die Karten noch einmal; dann dieselben zusammenhängend, mißte sie noch mehrere Male, um sie der Bauerin hinzuhalten. Langsam zog die drei Karten und reichte sie der Alten. Nachdem diese jäh die drei gezeigten Karten gesehen hatte, mißte sie noch einmal, um dann das ganze Spiel wieder auf den Tisch ausbreiten. Kopfschüttend betrachtete die Alte beide die Karten, bald die Bäuerin.

„Königsbach nimmt Segen, was du vor mit siehst. Bäuerin,“ legte traurig die Bäuerin. „Bei all dem kleinen Leid und all der großen Freude passiert wohl bald was Schreckliches, was Schreckliches. Woar weiß ich nimmer, wie und wo, oder was, aber's ist was Trauriges, gar jetzt Trauriges. Ich wollt's so tuß nimmer ein.“

Über der Erinnerung hing es fest, daß sie ein Schatten bei der ausbildungsvorherrschenden Prophezeiung. Deshalb lagte sie unwillig:

„Hab's gleich gedacht, daß naß viel Gutes dabei herauskommt: hier, Bäuerin, habt Ihr Euren Apfel und nun heißt es aber einen, daß ich noch zur rechten Zeit auf'n Hof komme. Daß hast Euch Gott Bäuerin.“

Damit war sie auch schon hinaus ins Freie, um frische Luft einzutauen, denn davorzunehmen bei der Alten herzte eine gewisse drückende Panikshörte, die sich dräuend um die Sinne der Bäuerin gelegt hatte.

„Dann mußt mich nicht mehr mit demnach bedrohen! Naß dass seit dem S. und S. Galgenjustiz.“ rief sie. „Die Karten lassen sich nicht mehr.“

„Naß aber nicht so schrecklig, Bäuerin.“ tröstete sie.

„Naß aber nicht so schrecklig, Bäuerin.“ legte sie.

„Naß, Bäuerin, habt doch ja keinen Grund hier bei der Bäuerin aufzuhören.“

herrliche Gerichte zur Sprache, die vom Kommandant Reichsfeldt im Schlusssatz zurückgewiesen wurden.

Hierauf berichtete Genosse Klein über die Maßnahmen in der Zivilverwaltung. Sündhaft wies er darauf hin, daß die wilden Gerüchte über die A.-u.-S.-Räte nicht nur in Lübeck, sondern allgemein verbreitet waren, weil sie als Macht austausch des proletarischen Sieges durch die Revolution, natürlich in den bürgerlichen Schichten außerst unbeliebt sind. Daher auch die Entzürzung über die Ausgaben von angeblich 800 Millionen in den ersten 5 Wochen, worin natürlich auch die 50 Mark Ausgaben für die Entlassungen enthalten sind. In den örtlichen S.-Räten seien natürlich durch die Revolution auch manche Männer hinzugekommen, die den Anforderungen nicht entsprechen können. Dafür wurde eben die Rätekonferenz einberufen, die einen Zentralausschuß bilden würde. Hierauf ging Redner auf die Tätigkeit der Fahrtkommission ein, die eine Umbildung erfürte, weil man die Präzis derselben nicht gutheißen konnte. Nachdem Redner mehrere Internatsbesprechungen, wies er darauf hin, daß ein besonderer Delegierter des S.-Rates nach Berlin entsandt wurde, der dort in der Hauptstelle für unsere Ernährung und Kohlenversorgung fördernd wirken soll. Genosse Hauck schildert dann die Bekleidungsfrage zweier Schiffe, die Reste von Heeresgut von der Insel Sylt brachten. Der Inhalt sollte nach Hamburg abfließen und wahrscheinlich in unterirdische Kanäle verschwinden. Er habe sofort Fühlung mit Berlin genommen und die Lebensmittel für Lübeck gerettet. Aber auch darüber seien sofort wilde Gerüchte in Umlauf gesetzt, nach denen natürlich die Mitglieder des A.-u.-S.-Rates irgend welche Vorteile davon hätten, was völlig unzutreffend ist. Nach langer Diskussion wurde die Handlung des Genossen Hauptsatz und die der Verkehrskommission gutgeheissen. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Frage der Tanzbelustigungen. Darüber berichtete Hauptsatz. Nach langer eingehender Debatte wurde ein Antrag mit 71 gegen 60 Stimmen angenommen: Das Tanzen in solchen Lokalen, wo Räumlichkeit besonders geheißen wird, werden brauchen (also Quartiere), wird bis zum Eintritt der Polizeistunde gestattet. Alle übrigen Lokale, die besondere Heizung und Beleuchtung bedürfen, müssen abwechselnd berücksichtigt werden. Hierauf wurde noch über die sogenannten „Nationalfeiern“ in der „Stadtstelle“ eine längere Debatte geführt.

Wie sie agitieren. Die so genannten Demokraten, jene aus Nationalliberalen und Freisinnigen bestehende neue Organisation der alten Feinde Staatsbürgischer Klasseberechtigung aller, sind in Lübeck am eifrigsten am Werbe, um dem Bürgertum die Möglichkeit in der kontinuierlichen Nationalversammlung und damit den erneuten Besitz der Macht zu verschaffen. Nicht nur in Zeitungen und Versammlungen wird in diesem Sinne gearbeitet, sondern auch die verschiedenen Parteien, die sich mit der Kleintierzucht und ähnlichen ganz unpolitischen Dingen beschäftigen, sucht man in Lübeck für die „Deutsche Demokratische Partei“ einzufangen. Man hofft, daß mit dem demokratischen Aushängeschild die Vergangenheit und die Zukunft verdeutlicht wird und daß auf die schönen Reden und Versprechungen die Leute, die nicht alle zenden, hereinfallen. Wir weisen darauf hin, daß die einzige wirklich demokratische Partei seit jeher — nicht erst seit einigen Wochen — die Sozialdemokratische Partei ist. Wer die Erwartungen der Revolution hochhalten will, der muß ihr angehören.

Die deutsche demokratische Partei hatte zum Sonntag im Hanseattheater eine öffentliche Versammlung einberufen, um für die Nationalwahlen Anhänger zu werben. Sie hatte sich Frau Dr. Bäumer aus Hamburg verschieben, zweifellos eine gewöhnliche Rednerin, die nur versuchte, das Sammelsurium von Bürgertum der verschiedensten Farbung mit halb- und Dreinertierteilnehmern zu einem tadellos reinen Parteigebilde zu erheben. Das Programm dieser Partei, das die Berliner Sonntagsblätter veröffentlichten, ist ein Produkt der unvorsichtigen Neuzeit und als solches erkennt es die republikanische Staatsform rückhaltlos an. Die Referentin verstand es, in gewundnen Sätzen alle Schönheiten des neuen Parteiprogramms zu einem Wahlkreis zu rechnen, in dem nach altem Rezept alles Erdenliche ersprochen wird. Wie der Partei der Anschluß noch links nicht unwillkommen ist, so hat sie auch nichts gegen eine Regierung einzuwenden, um einen inneren Frieden auf der Grundlage politischer und sozialer Gerechtigkeit zu fördern, in der persönliche Initiative zur Werkförderung und Geltung kommt. Dass sie dabei grundsätzlich an dem Gedanken der Privatwirtschaft festhält, ergebaut sich von selbst, denn diese kapitalistische Tätigkeit hat sich ihr bestes Zeugnis geholt vom Kriegssozialismus, der in so vieler verfolgt habe. Dem Aufstieg der Tüchtigen wurden schöne Worte gewidmet, die Diktatur der Minderheiten verdrängt und der Sozialismus beschreiten abzuwenden verucht. Herr Dr. Götz erklärte, daß die Referentin gern Lustkunst über Anfragen geben würde. Unser Kandidat zur Nationalversammlung, Genosse Stelling, hatte mehr auf dem Herzen als eine Anfrage, mit der man anfangen könnte, eine Diskussion vermeiden wollte. Er ging auf die hauptsächlichsten Ausführungen der Vortragenden näher ein und hob gleich anfangs hervor, daß die Schuld der nationalen Demütigung auch einen Teil derjenigen trifft, die durch amerikanische Forderungen glaubten, die ganze Welt in die Knie zu zwingen zu können. Auch in der deutschen demokratischen Partei sei so mancher, der diese Forderungen in der Bürgerlichkeit untersucht habe. Die Sozialdemokratie habe bewiesen, daß sie aufbauend wirke. Sie vertrete die Interessen aller derer, die gezwungen sind, von der Arbeit in weitestem Wortsinne zu leben, und das sei die übergroße Mehrheit des Volkes. Im gemeinsamen Aufbau, den die Referentin erwähnte, würden uns in erster Linie wieder wirtschaftliche Fragen trennen, denn die Unternehmer gingen nach wie vor von dem Grundsatz möglichster Ausnutzung der Arbeitskraft aus. Diesen Interessengegensatz könne auch die deutsche demokratische Partei nicht ausgleichen. Deshalb seien wir gezwungen, uns auf den Klassenkampf einzurichten, denn die Geschichte der Menschheit lehrt, daß sie nichts anderes sei als eine Geschichte des Klassenkampfes. Und wenn sich die Referentin über die Diktatur einer Minderheit beschwert, dann müsse man doch auf die vergangene Zeit hinweisen, in der die Arbeitersklasse die Diktatur des Bürgertums über sich ergehen lassen mußte. Oder war das Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie keine 12-jährige Diktatur militärischer Art? Soll man auch nach ihrer Meinung über all das Gemeine einen guten Strich machen, so muss man doch starke Zweifel hegen, ob alle Programmpunkte bei Ihnen auch exakt gemeint sind. Denn die Parteien beurteilen man in erster Linie nach ihren Taten und nicht nach ihren Wörtern, und die Taten so mancher der jetzigen deutschen demokratischen Partei sind nicht daran, daß man Vertrauen dazu haben kann. Die Diktatur der Herrschenden haben die Arbeiter bis tief ins Jahr 1918 hinter jütlernen bekommen. Gewiß soll man nicht Gleiche mit Gleichen vergleichen, aber die Übergangszeit bringt eben Härten mit sich und dann darf man nicht vergessen, daß sich so manches, was man uns als Diktatur vorwirft, als Gefasel erweist. Des weiteren zerstört Genosse Stelling den Unterschied über den Verstaatlichungsgedanken in der Auffassung der neuen Partei und derjenigen der Sozialdemokratie. Gerade im kapitalistischen System trete nicht persönliche Initiative in erster Linie her vor, sondern das nackte Gemeininteresse. Und die Angestellten seien nur die Handlanger dieser Blutsgeister am Kultkörper, wie z.B. Krupp beweise. In einem derartigen sozialisierten Betriebe habe erst der wirklich tüchtige Gelegenheit zu persönlicher Initiative. Den sogenannten Kriegssozialismus dürfe man mit den sozialistischen Zielen nicht verbinden, obwohl er uns vor noch schlimmerem bewahrt habe. Leider braucht man nicht über den unzähligen Arbeitstag der Arbeiter beim Aufheben zu reden, er sei ein dringendes Gebot der Arbeitseigentum. Den Kriegstag der Tüchtigen propagiere man, bei so mancher Kriegsendesellschaften nach dieser Richtung blieben, aber Leute in der Bürgerlichkeit, die sich jetzt als Mitglieder der deutschen demokratischen Partei präsentieren. Es sei übrigens bezeichnend, was sich bei einer der Konferenztagung ausgespielt habe, und zwar wurde den beiden Abgeordneten aus Lübeck die Befreiungserklärung nur die Sozialdemokratie in Betracht kommen und es auch weiterhin bleiben werde. Die Sozialdemokratie möge Frieden, Freiheit, Recht, das seiner sei des andern Knecht! Der starke Beifall, den diese Ausführungen erzielten, und die natürlich teilweise Widerrede auch am Vorstandstisch begleiteten, riefen Herrn Klein ans Rednerpult. Im Namen der deutschen demokratischen Partei erklärte er, daß auch sie Frieden, willkürliche Freiheit und willkürliches Recht fordern. (Zuruf: Mit einem Male!) Die Angriffe gegen die Freiheit durfte die jetzige Regierung nicht dulden. Ferner habe Hause erst kürzlich gesagt, wenn er könnte, würde der ganze Beamtenstand durch Sozialdemokraten ersetzt. Der 8-Stunden-Tag sei jetzt zu begrüßen, doch dürfe man nicht vergessen, daß in Zukunft Mann wie Frau täglich 2 Stunden für die Gegner arbeiten müssten. Herr Klein wies ferner auf den niedrigen Kurs unserer Mark im Ausland hin (25—40 Pf.) und hob die trübe Zukunft hervor, in der wir die Rohstoffe fast teurer bezahlen müssten als die anderen Länder die Kostengünstiger liefern. Da wäre es sich, ob wir konkurrenzfähig bleiben würden. Im Schlusssatz versuchte die Referentin noch die internationale Frage in ihrem Sinne zu rechtfertigen, da Genosse Stelling sie auf den Widerfuhrung aufmerksam gemacht hatte, der darin besteht, daß sie in gewisser Beziehung der internationale Orientierung gegenüber sich ablehnend verhielt und doch ein Eintreten für den Völkerbundsgedanken nicht ausschließen möchte. Ein vergebliches Bemühen für das unser Kandidat den Trumpf schon auf den Tisch geworfen hatte. — Wir können mit dem Ausgang dieser Versammlung zufrieden sein.

Weitere Truppenauktions. Gestern früh traf hier der Stab der 5. Infanteriedivision (ca. 150 Mann) ein. Sie hatten von Bremen in Niedersachsen kommend, schwere Tage hinter sich. Weise Garde und Pionierbataillone bedrohten sie fortwährend. Kurz nach 5 Uhr nachmittags traf der Rest der Stab in Stärke von etwa 270 Mann hier ein. In beiden Fällen begrüßte Genosse Stelling die Heimkehrer. Die Schulmannskapelle, sowie das Rose Kreuz sorgten mit dafür, daß der Empfang ein feierlicher und würdevoller war. Willkommen, Ihr tapferen Streiter, in der Heimat!

Ereneinte Einschränkung des Personenverkehrs. Eine neue starke Einschränkung des Personenverkehrs steht in dieser Woche bevor. Die Demobilisierung, Beförderung von Lebensmitteln und die Ablieferung der 150 000 Eisenbahnwagen haben die neueste, recht unliebsame Maßnahme bewirkt. Es wäre dringend erwünscht, wenn die Eisenbahnverwaltungen in der Presse bekannt geben würden, welche Züge denn in dieser Zeit noch verkehren.

Dänische Lebensmittel für Deutschland. Wie uns ber. A.- und S.-Rat mitteilt, sind nach einer Meldung der Kopenhagener Zeitung „Positiven“ in Bamberg 24 Waggons Nahrungsmittel für das deutsche Kreuz angelommen, die von Vertretern des A.- und S.-Rates nach ihrem Bestimmungsort begleitet werden sollen. Hoffentlich kommen bald mehr Lebensmittel vom Auslande in Deutschland an. Wir haben sie nötig.

Weihnachtsdienst 1918. Am Sonntag, dem 22. Dezember, wird der Wertzeicherverkauf bei allen Postanstalten Lübecks wie an Weihnachten erfolgen. Auch die Annahme und Ausgabe von Paketen und die Ausgabe von Postkarten an Wohler wird in diesem Tage wie an Weihnachten wahrgenommen. Die Ortsbüros befinden sich am Sonntag geschlossen. Am Sonntag, dem 22. Dezember, wie auch am Mittwoch, dem 25. Dezember, und am Donnerstag, dem 26. Dezember, wie an Sonntagen. Die Ortsgeldbestellung wird nur am Mittwoch, dem 25. Dezember einmal wahrgenommen, am 22. und 26. fällt sie aus. Am Sonntag, dem 22. Dezember, erfolgt die Paketbestellung wie an Weihnachten, am 25. und 26. Dezember je einmal vormittags. Die Landbestellung erfolgt am Sonntag, dem 22. Dezember, wie an Weihnachten, am 25. Dezember ruht sie gänzlich. Am 26. Dezember wird eine Briefbestellung (ohne Gelder und Pakete) nach allen Orten wahrgenommen.

Berlin für das große Lübecker Nord-Süd-Kanal-Projekt. Der Magistrat Berlins hat nunmehr Stellung genommen zu den Entwürfen für die Fortführung des Mittellandkanals. Er hat sich zu der Ansicht bekannt, daß die Wahl der Südlinie nicht in Frage steht, vielmehr wird der Gesamtverkehr in erster Reihe die Wahl der Nordlinie bedingen. Die mit ihrer niedrigen und langen Scheitelhaltung um so mehr, als sie später auch den günstigen Anschluss der Hafenstadt Hamburg und Lübeck ermöglicht, vorziehen ist. Weniger günstig aber noch annehmbar würde sich für den Gesamtverkehr die Mittellinie erweisen, die in ihrer Länge von der Nordlinie nur wenig abweicht.

Unfälle Belämmernungen in unserer heutigen Ausgabe betreffen: Aufhebung von Bekanntmachungen der Kriegsrohstoffabteilung; Verordnungen des Demobilisationsamtes; Anonyme Zuschriften an den A.- und S.-Rat; Ungültigkeitsklärung von Brotkarten.

Plattdeutsches Lied der Plattdeutschen Volksgruppe in Südbayern. Gestern trat die erst vor kurzem ins Leben gerufene „Plattdeutsche Volksgruppe“ zum erstenmal mit einem Unterhaltungssabend im Marmorsaal des Lübecker Stadttheaters an die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt des reichhaltigen Programms standen die Darbietungen des Herrn Kuno, dem Bruder des bekannten plattdeutschen Volksdichters Gorch Fock. Herr Kuno verstand es vorzüglich die Urwichtigkeit der plattdeutschen Mundart in ernsten und heiteren Vorlesungen wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Ungeheure Heiterheitsausbrüche erzielten u. a. seine Vorlesungen: „Wat hein Sach in'n Heben Leem“, „Mücke“ und „Schweber Wind“. Jedoch auch die ersten Sächen brachte Herr Kuno sehr wunderlich zu Gehör. Von den übrigen Darbietungen seien die „Plattdeutschen Leeder“, gehalten von Herrn Bähnke und die „Klampenleeder“ von Fri. Biennier, die gleichfalls reichen Beifall ernteten, besonders hervorgehoben. Herr Pastor Mildenstein gehabt in einer Begrüßungsansprache und einem Schlusswort in warmen Worten der Gedankentiere und Lebensfülle der plattdeutschen Sprache. „Holt fast an die Mutterprot“ rief er den Zuhörern, die bis auf den letzten Platz den Marmorsaal füllten.

Verhafteter Dieb. Ermittelt und festgenommen wurde ein russisch-polnischer Arbeiter des Hochofenwerkes wegen Diebstahls. Derselbe hatte am 13. d. Mts. eine ihm bekannte Frau in Borken bestohlen. Als diese sich auf kurze Zeit aus ihrer Wohnung entfernt und ihren Besucher allein in der Wohnung zurückgelassen hatte, erbrach dieser ihre Geldtasche und stahl aus derselben 100 Mts. Der Dieb konnte in Oldesloe gefasst und ihm die Beute wieder abgenommen werden.

Entwendete alkoholische Getränke. In der Nacht zum 16. d. Mts. sind aus einem Geschäftsstelle in der Dünenstraße 22, Klosterhof, 4½ Klostern Num. 3 Flaschen Kognac und eine Kirschflasche mit 10 Liter Bierstern gestohlen.

Ein Bluttodesfall gehoben. In der Nacht zum 12. d. Mts. ist von einer am Brodterer Ufer belegenen Reihe ein Bluttodesfall im Werte von 300 Mts. gestohlen worden. Sozialistische Mitteilungen über den Verbleib des Schafes konnten über den Täter nicht das Polizeibureau in Travemünde entgegen.

Selmsdorf. Vor der Eröffnung, so lautete das

Es segelten Segelboote unter blauer Flagge, die das ungeheure Leid des Volkes mitverschuldet hätten. Zum Schluß ging Genosse Stelling noch auf die Frauenfrage näher ein, wobei er auf Grund Jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie um das Frauenrecht mit widerstreitenden Beweisen aufwarten konnte im Gegensatz zu so manchem Herren, die die Frauenfrage erst seit einigen Wochen kennen und sich aus gewissen Gründen für sie erwärmt haben. Alles in allem konnte Genosse Stelling klarlegen, daß als Vorfahrtsin der Sozialdemokratie nur die Sozialdemokratie in Betracht kommt und es auch weiterhin bleiben werde. Die Sozialdemokratie möge Frieden, Freiheit, Recht, das seiner sei des andern Knecht! Der starke Beifall, den diese Ausführungen erzielten, und die natürlich teilweise Widerrede auch am Vorstandstisch begleiteten, riefen Herrn Klein ans Rednerpult. Im Namen der deutschen demokratischen Partei erklärte er, daß auch sie Frieden, willkürliche Freiheit und willkürliches Recht fordern. (Zuruf: Mit einem Male!) Die Angriffe gegen die Freiheit durfte die jetzige Regierung nicht dulden. Ferner habe Hause erst kürzlich gesagt, wenn er könnte, würde der ganze Beamtenstand durch Sozialdemokraten ersetzt. Der 8-Stunden-Tag sei jetzt zu begrüßen, doch dürfe man nicht vergessen, daß in Zukunft Mann wie Frau täglich 2 Stunden für die Gegner arbeiten müssten. Herr Klein wies ferner auf den niedrigen Kurs unserer Mark im Ausland hin (25—40 Pf.) und hob die trübe Zukunft hervor, in der wir die Rohstoffe fast teurer bezahlen müssten als die anderen Länder die Kostengünstiger liefern. Da wäre es sich, ob wir konkurrenzfähig bleiben würden. Im Schlusssatz versuchte die Referentin noch die internationale Frage in ihrem Sinne zu rechtfertigen, da Genosse Stelling sie auf den Widerfuhrung aufmerksam gemacht hatte, der darin besteht, daß sie in gewisser Beziehung der internationale Orientierung gegenüber sich ablehnend verhielt und doch ein Eintreten für den Völkerbundsgedanken nicht ausschließen möchte. Ein vergebliches Bemühen für das unser Kandidat den Trumpf schon auf den Tisch geworfen hatte. — Wir können mit dem Ausgang dieser Versammlung zufrieden sein.

unter stürmischem Beifall. Genosse Stelling lobte darauf hin, was bei dem am Sonntag stattgefundenen Wahlgang zur konstituierenden Nationalversammlung für Mecklenburg-Strelitz auf dem Spiel steht. Ferner behandelte er die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Zum Schluß erläuterte Gen. W. Bölow noch die Tätigkeit des Arbeiterrates für das Land Mecklenburg. — Es herrsche in der Versammlung eine deplorierte Stimmung, die zu der Hoffnung berechtigt, daß unter gestern der Sieg war.

Hamburg. Forderungen des Seemannsrates. Aus Hamburg wird den P. W. R. gedrängt: Hier hat sich ein Rat der Seelente gebildet, der die Interessen sämtlicher Seeleute vertreten will. Obwohl noch keine offiziellen Seeleute in den Hafenstädten bestehen und damit auch eine ordnungsmäßige Basis für die Ansprüche dieses Rates der Seeleute fehlt, fordert er als gefechtbende Körperschaft in allen Fragen der Handelsmarine und der Kontrolle über Handelschiffe, Reedereien und Seemannsgerichte behandelt zu werden. Der Reedereiverband soll für die Wahlen dieses Rates ausstimmen. Der Seemannsrat droht mit der Auflösung sämtlicher Handelschiffe, wenn seine Forderungen nicht gewillig anerkannt werden. Vier Kanonen von einer einsitzenden Mauer begraben. Am Sonnabend nachmittag nach 4 Uhr ereignete sich in der Peterstraße ein ungewöhnlicher Unglücksfall. Dort rückt ein der Schulhof der Volksschule Ecke Hollenwall und Peterstraße verdecktes Lasteruto eines Teils der Schulhofmauer um. Vier hinter dem Mauerstein steckende Knaben, die den Einquartierungsarbeiten zuhören, wurden von dem niederbretgenden Mauerstein zu Boden gerissen und verschüttet. Als man die Kinder unter den schweren Steinklöpfen hervorgezogen hatte, waren zwei bereits tot, einer sehr schwer, der vierte schwer verletzt. Die beiden tödlich verunglückten, sowie die schwerverletzten Knaben kamen ins Hafenkrankenhaus. Die Namen der verunglückten Kinder sind: Willi Seidelmann, 10 Jahre alt, wohnhaft Marienstraße 43; Hermann Behnke, 10 Jahre alt, wohnhaft Thielbek 1, sehr schwer verletzt; Hans Reinhard, 10 Jahre alt, wohnhaft Schäferstraße 37, weniger schwer verletzt; während der Name des vierten tödlich verunglückten Kindes noch nicht festgestellt werden konnte.

Schwerin. Unabhängig medienburgischer Minister ist. In den „Mecklenburg Nachrichten“ lesen wir: „Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben jetzt nach Absprache mit dem Parteibureau in Berlin den ihnen im Ministerium aufgetretenen Minister mit dem Genossen Dr. jur. Barthold besetzt.“

## Theater und Musik.

Stadttheater. Der Bogen und das Operett von J. Strauß. Der Versuch unserer Theaterleitung, an Stelle der modernen Schlager-Operette wieder einmal ein älteres musikalisch wertvolles Werk der Operetteliteratur zu geben, ist dankenswert und, wie der starke Beifall am Sonnabend beweist, auch lohnend. Gleich die nette Handlung wie die lebhafte, sauber gearbeitete Musik haben noch nichts von ihrer Wirkung eingebüßt. Obwohl es der Aufführung an Humor mangelt und kleinere Stockungen den notwendigen lebendigen Fluß des Spiels hemmen, gelingt die Vorstellung doch dem Publikum. Frau Ludwig als Arsena hervor, der man nur die Geschmaclosigkeit nicht verzeihen konnte, die einen hässlichen Dottor, dem Herr Höfer eine Nase gedreht hatte, als Schatz genommen zu haben.

Am Sonnabend mittag holte sich im Stadttheater die Ballettmeisterin Martha Stolze, die bisher noch keine Gelegenheit hatte, besonders hervorzu treten, mit Tänzen alter und neuer Schule einen hübschen Erfolg. Vor allem der „indische Tempeltanz“, die eindrucksvolle Szene „Leichtsinn und Gorge“, sowie „Der sterbende Schwan“ erzielten starken Beifall. Sie wurden großzügig und ausreichend ausgeführt und, was nicht unwichtig ist, in rechte Licht gestellt. Die Damen vom Ballett führten ebenfalls verschiedene Tänze aus, von denen ein Facettanz und ein Reigen am besten auffiel.

Aberends sang Herr Barts vom Hamburger Stadttheater den Gedanken in „Liebes“. Man kann sich kaum eine kräftrößere, gefangen und dargestellte vollendetere Wiedergabe des brutalen Geistmenschen denken, als dieser ausgezeichnete Künstler P. L.

## Ernährungsfragen.

Die Lebensmittelversorgung an Deutschland.

Bei den Verhandlungen der deutschen Baffensellstandkommission mit den Vertretern der Alliierten ist Vorsorge getroffen worden, daß die Verhandlungen über die Verpflegung Deutschlands mit Lebensmitteln mit größter Beschränkung begonnen werden. Es wird in Brüssel, Rotterdam und London verhandelt werden.

## Neueste Nachrichten.

Krawalle in Dresden.

In Dresden, 16. Dezember. In der Nacht zum Sonntag kam es hier zu Krawallen. Nach Mitternacht rottete sich eine Menschenmenge in der Reitbahnhofstraße in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs zusammen und drang unter Führung von Matrosen und Soldaten in das Kongrethaus ein, um nach dort angebrachte aufgepeckten Lebensmittel zu jagen. Auf den großen Türrückzüge die Militärwache vom Hauptbahnhof mit gefülltem Wasserhahn heraus. Die Spartakus-Leute legten sich zur Wehr. Es begann eine große Schießerei, die längere Zeit andauerte, wobei es Toten und Verwundete gab. Da die Spartakusleute die Toten und Verwundeten mitnahmen, konnten deren Zahl bisher nicht festgestellt werden. Dutzende Personen wurden verhaftet. Die Zahl der Toten wird auf 5 angegeben, die der Verwundeten beträgt 40.

Ein deutscher Kampfer gesunken.

In einem Ende, 14. Dezember. Der deutsche Militärtransportsdampfer „Worms“, mit einem großen Transport Pferden und Kriegsgerät von Finnland nach Stettin unterwegs, ist gesunken.

## Niedersachsenzug.

In Rotterdam, 15. Dez. „Daily Mail“ meldet: In Rotterdam liegt ein riesiges Handley-Page-Flugzeug, welches ursprünglich entworfen wurde, um Berlin zu bombardieren, um einen Flug nach Delhi in Indien zu unternehmen. Die Strecke beträgt 5800 englische Meilen und wird in 8 Stunden zurückgelegt. Das Flugzeug führt 1200 Galonen Benz in sieben Passagiere.

# Bekanntmachung

Nr. F. R. 850/11. 18. K. R. II.

## Artikel I.

Im Auftrage des Demobilisierungsamtes wird folgendes angeordnet:

- M. 17. 15. K. R. II. vom 20. Juli 1915, betreffend Beschlagnahme und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten.
- M. 595/15. K. R. II. vom 2. November 1915, betreffend Beschlagnahme und Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten.
- Mc. 864/2. 17. K. R. II. vom März 1917, betreffend Beschlagnahme von Kupferlegierungen (Messing, Rotguss, Bronze) in Fertigfabrikaten und Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten.
- M. 325/7. 15. K. R. II. vom 31. Juli 1915, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnikel.
- M. 325/7. 15. K. R. II. vom 24. September 1915, betreffend Anweisung an die Kommunalverbände usw. zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnikel vom 31. Juli 1915, Nr. M. 325/7. 15. K. R. II.
- M. 325/10. 15. K. R. II. vom 16. November 1915, betreffend Enteignung, Ablieferung und Einziehung der durch die Verordnung M. 325/7. 15. K. R. II. beziehungsweise M. 325/7. 15. K. R. II. beschlagnahmten Gegenstände vom 31. Juli bzw. 24. September 1915.
- M. 2084/2. 16. K. R. II. vom 15. März 1916, betreffend Enteignung, Ablieferung und Einziehung der durch die Verordnung M. 325/7. 15. K. R. II. beziehungsweise M. 325/7. 15. K. R. II. beschlagnahmten Gegenstände vom 31. Juli bzw. 24. September 1915 mit Zusätzen.
- M. 81. 18. K. R. II. vom 26. März 1918, betreffend Beschlagnahme, Enteignung und Meldepflicht von Einrichtungsgegenständen beziehungsweise freiwillige Ablieferung auch von anderen Gegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel, Nickellegierungen, Aluminium und Zinn.
- M. 86. 18. K. R. II. vom 15. Juni 1918, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. M. 81. 18. K. R. II. vom 26. März 1918.
- Mc. 1700A/8. 17. K. R. II. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. Mc. 1/3. 17. K. R. II. vom 20. Juni 1917.
- M. 1/2. 17. K. R. II. vom 8. Februar 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandsicherung und Enteignung von Bleierzbedeckeln und Bleierzbedeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von arbeiten Zinngegenständen.
- M. 1/12. 16. K. R. II. vom 10. Januar 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandsicherung und Enteignung von Prospektplatten aus Zinn, von Orgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen, Schalltieren usw. von Orgeln und sonstigen Musikinstrumenten.
- M. 1/1. 17. K. R. II. vom 1. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandsicherung und Enteignung sowie freiwillige Ablieferung von Glocken aus Bronze.
- Mc. 500/2. 17. K. R. II. vom 1. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandsicherung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Aluminium.
- Mc. 1700/4. 17. K. R. II. vom 10. Mai 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Mc. 500/2. 17. K. R. II. vom 1. März 1917.
- M. 2432/8. 15. K. R. II. vom 24. August 1915, betreffend Besandsicherung und freiwillige Ablieferung der zur Beobachtung von öffentlichen und privaten Bauwerken verwendeten Kupfermengen, einschließlich Kupferner Dachrinnen, Abschläuche, Fenster- und Gesimsabdeckungen.
- M. 2001/1. 17. K. R. II. vom 9. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blitschutzanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen, einschließlich funktiver Dachrinnen, Abschläuche, Fenster- und Gesimsabdeckungen, sowie einschließlich der an Blitschutzanlagen befindlichen Platinstücke.
- M. 2001/1. 17. K. R. II. Ang. vom Juli 1918, betreffend Nachtrag zur Anweisung an die Kommunalverbände zu der Bekanntmachung Nr. M. 2001/1. 17. K. R. II. vom 9. März 1917.
- Mc. 1700B/8. 17. K. R. II. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. M. 2001/1. 17. K. R. II. vom 9. März 1917.
- Mc. 1002. 17. K. R. II. vom 15. Mai 1917, betreffend Beschlagnahme, wiederholte Bestandsicherung und Enteignung von Dampfmaschinenteilen aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguss und Bronze) und freiwillige Ablieferung von anderen Brennereigeräten aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguss und Bronze).
- Mc. 1700C/8. 17. K. R. II. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. Mc. 1002. 17. K. R. II. vom 15. Mai 1917.
- M. 1400/4. 18. K. R. II. vom 1. Mai 1918, betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Gewichten und Gewichteteilen von Kontroll-, Registrier- und Schreibmaschinen.
- M. 1/9. 16. K. R. II. vom 1. September 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Platin werden hiermit aufgehoben.

## Artikel II.

Im Auftrage des Demobilisierungsamtes und auf Grund des 1. der Bundesratsverordnung über Eigentum von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) wird folgendes angeordnet:

- a) Alle Enteignungen, welche sich auf Gegenstände erstrecken, die durch die im Artikel I aufgeführten Enteignungsbestimmungen betroffen sind, werden, soweit das Material noch nicht abgeliefert ist, hierdurch widertragen.
- b) Alle Enteignungen, die von der Metall-Demobilisierungsstelle des Kriegs-Rohstoff-Abteilung verordnet sind und welche in Fertigfabrikaten betreffen, werden, soweit das Material noch nicht abgeliefert ist, hierdurch widertragen.

## Artikel III.

Im Auftrage des Demobilisierungsamtes wird angeordnet:

- Das Einverständnis mit dem im Artikel II ausgesprochenen Widertritt der Enteignungen und der beiderleierte Vertrag auf die weitere Erfüllung der Kontrakte nach Artikel III wird angenommen, falls nicht bis zum 15. Januar 1919 durch einen Brief bei der Metall-Demobilisierungsstelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Reichsministeriums, Berlin, Nr. 20, Sitz, frühestens 22. Februar eröffnet wird.

Falls des Widertritts der Enteignungen und des Vertrages auf Erfüllung der Kaufverträge können entgegesein oder gekaufte Gegenstände noch bis 15. Januar 1919 abgeliefert werden.

Berlin, den 21. November 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel

# Bekanntmachung.

Nr. F. R. 830/11. 18. K. R. II.

Im Auftrage des Demobilisierungsamtes und auf Grund der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) wird folgendes angeordnet:

## Artikel I.

Die Bekanntmachungen

- M. 612/2. 15. K. R. II. vom 15. März 1915, betreffend Bestandsicherung und Besitzmeldung über Wolfram, Chrom, Molybdän, Vanadium und Mangan,
- M. 15/12. 15. K. R. II. vom 15. Dezember 1915, betreffend Beschlagnahme von Wolfram und Chrom und Höchstpreise für Wolfram,
- M. 1/4. 15. K. R. II. vom 1. Mai 1915, betreffend Bestandsicherung und Beschlagnahme von Metallen,
- M. 1228. 18. K. R. II. vom 1. September 1918, 3. Nachtragsbekanntmachung zur Bekanntmachung M. 1/4. 15. K. R. II. werden hiermit aufgehoben.

Sparmetalle dürfen jedoch nur insofern verwendet werden, als sich Erzgmetalle nicht verwenden lassen

## Artikel II.

a) Es werden hiermit aufgehoben:

Die von den Kriegsministerien ausgesprochenen, den Betroffenen namentlich zugesetzten Sonderbeschlagnahmen von solchen Metallen, die von der Bekanntmachung M. 1/4. 15. K. R. II. betroffen wurden.

b) Es werden hiermit widerrufen:

Die Einzelentzüge von Metallen, die auf Grund der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 352) nebst Änderungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 645), 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778), 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1019), 4. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 316) und der Neufassung dieser Bekanntmachung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) nebst Änderung vom 17. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 37) ausgesprochen worden sind, insoweit in ihnen auf die Metall-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung als derjenigen Stelle hingewiesen worden ist, mit der wegen Anfragen, Freigaben usw. in Verbindung zu treten war. Insbesondere fallen hierunter die Einzelentzüge von Haushalten, also von Metallen, die auf Grund der Bekanntmachung M. 325/7. 15. K. R. II. vom 31. Juli 1915 und M. 81. 18. K. R. II. vom 26. März 1918 beschlagnahmt waren.

## Artikel III.

Das Einverständnis mit dem im Artikel II b ausgesprochenen Widerruf der Entzüge wird angenommen, falls nicht bis zum 15. Januar 1919 durch eingetriebenen Brief bei der Metall-Meldestelle (Abt. R.) der Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Berlin W. 9, Potsdamer Str. 10/11, Einspruch erhoben wird.

Trotz des Widerrufs der Entzüge können entzogene Gegenstände noch bis zum 15. Januar 1919 zu den in den Bekanntmachungen genannten oder dem bereits vereinbarten Übernahmepreise abgeliefert werden.

## Artikel IV.

Unberührt bleibt die Verpflichtung, vertraglich an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft zu liefernde Mengen zur Ablieferung zu bringen.

## Artikel V.

Es wird auf die Verordnung des Demobilisierungsamtes, betreffend Verbrauch von für Kriegszwecke angewandten Sparmetallen zu Friedenszwecken vom 18. November 1918 hingewiesen, nach der der für die in Frage kommenden Metalle und ihre Legierungen sich ergebende Unterschied zwischen dem Vorzugspreise und dem Grundpreise an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft in Berlin W. 9, Potsdamer Str. 10/11, zugunsten des Reichsfinanzamts abzuführen ist.

## Artikel VI.

Diese Bekanntmachung tritt am 25. November 1918 in Kraft. Berlin, den 25. November 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel

# Bekanntmachung

Nr. F. R. 702/11. 18. K. R. II.

Im Auftrage des Demobilisierungsamtes wird folgendes angeordnet:

In den Bekanntmachungen

1. über die Verordnung von Erdölölen und Öl vom 29. April 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 275),
2. Nr. Bst. I. 185/8. 16. K. R. II. betreffend Beschlagnahme von Schmiedemitteln vom 7. September 1916 (Deutscher Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 211),
3. Nr. Bst. I. 100/9. 16. K. R. II. betreffend Bestandsicherung für Schmiedemittel vom 22. September 1916,
4. betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Mineralöle, Mineralseifen, Erdwachs und Kerzen vom 18. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 61),
5. betreffend Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Mineralöle, Mineralseifen, Erdwachs und Kerzen vom 18. Januar 1917. Vom 24. Februar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 170),
6. über den Vertrag mit Bienenzüchtern vom 4. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 309),
7. über Beschlagnahme und Bestandsicherung von Schmiedemittel vom 22. Dezember 1917.

an Stelle der Bezeichnung "Berliner Schmiede-Gesellschaft m. b. H." oder "Kriegs-Schmiede-Gesellschaft m. b. H." die Bezeichnung zu setzen: "Mineralöl-Beförderungs-Gesellschaft m. b. H."

Berlin, den 24. November 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel

# für

# wirtschaftliche Demobilisierung

(Demobilisierungsamtes)

# Bekanntmachung

Nr. Bst. a. 1120/11. 18. K. R. II.

Der schriftliche Erlass Nr. C. B. 242. 11. 18. D. M. II. enthält folgende Bestimmungen:

Wiedertritt über die nachstehend aufgeführten Gegenstände mit sofortiger Wirkung unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Nummer 1) außer Kraft geht:

Übernahmeverträge, welche während der vorliegenden Gegenstandserhebung mit sofortiger Wirkung unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Nummer 1) außer Kraft gehen:

Zeitpunkt des Erlasses bzw. der Veröffentlichung	Urkundenzeichen	Bezeichnung
15. September 1916	850. 7. 16. B. b.	betr. Regelung des Handels mit Werkzeugmaschinen durch Beschaffnahme, Meldepflicht und Preisüberwachung I)
21. November 1916	8010. 10. 16. B. b.	betr. Bestandsicherung von Werkzeugmaschinen
1. Februar 1917	973. 1. 17. R. II. 2-e	betr. Bestandsicherung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
15. Juni 1917	9080. 9. 17. R. III. 1.	betr. Beschlagnahme und Bestandsicherung für elektrische Maschinen, Transformatoren und Apparate
20. Juni 1917	692. 4. 17. R. II. 4-e	betr. Beschlagnahme und Bestandsicherung von Automobilen.

Sämtliche auf Grund obiger Bekanntmachungen erlassenen Anordnungen und Verfügungen unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Nummer 1) werden gleichfalls außer Kraft gesetzt.

Durch besondere Urkunden belegte Einzelbeschlagnahmen und Enteignungen von Gegenständen, welche zum Bereich vorliegender aufgehobener Bekanntmachungen gehören, bleiben im Kraft.

1) Als Ausnahme hieron bleiben die Richtlinien über die Preisbildung von Werkzeugmaschinen bis auf weiteres bestehen.

Berlin, den 18. November 1918.

(6925)

Reichsamt  
für  
wirtschaftliche Demobilisierung  
(Demobilisierungsamtes)

# Bekanntmachung.

Nr. Bst. a. 1120/11. 18. K. R. II.

Betrieb Eisenbahnwirtschaft.

Der gestrige Erlass Nr. 1. 11. 18. D. M. II. enthält folgende Bestimmungen:

"Bei Eisenbahnwirtschaft Verwendungsverbote und Freigabeverfahren für Halt- und Fertigfabrikate aufgehoben. Einzelheiten folgen. Bautenprüfungsstellen fallen fort."

Hierauf sind die nachstehend aufgeführten Bekanntmachungen mit sofortiger Wirkung außer Kraft gelegt:



# Anonyme Zuschriften

werden von uns in keiner Weise berücksichtigt.  
Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

## Bekanntmachung.

Nr. F. R. 825/11. 18. K. R. A.

Zum Auftrage des Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:  
Die Bekanntmachung Nr. O. 406/4. 17 K. R. A., betreffend Beschlagsnahme, Meldepflicht und Höchstpreise von Stein- und Kohlenverteiler, vom 15. Mai 1917 wird hierdurch aufgehoben.

Berlin, den 1. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Arbeitung.

Wolfsbügel.

## Ausgabe von Zusatzbrotkarten für Schwerarbeiter.

1. Für die Zeit vom 21. Dezember 1918 bis 31. Januar 1919 werden nach den Bestimmungen des Polizeiamts vom 10. Dezember 1918 Zusatzbrotkarten über 400 Gramm Brot wöchentlich für Schwerarbeiter ausgegeben.

2. Bei Stellung des Antrages auf Bewilligung einer Zusatzbrotkarte ist die vorgeschriebene Arbeitgeberbescheinigung und das mit dem Namen des Antragstellers versehene Lebensmittelkartenheft S oder die Lebensmittelkarte vorzulegen.

Die Arbeitgeberbescheinigung muß genau die Berufskategorie, zu welcher der betreffende Schwerarbeiter nach seiner Beschäftigung gehört. (Der Aufdruck des Verzeichnisses der Berufskategorien ist bei der Firma Gebr. Vorberg G.m.b.H., Königstraße 46, zu haben).

Für die Arbeitgeberbescheinigungen sind die in der obengenannten Bekanntmachung vorbeschriebenen neuen Vorläufe zu benutzen. Die gelben Arbeitgeberbescheinigungen haben keine Gültigkeit mehr.

3. Selbstversorger mit Brotgetreide erhalten keine Zusatzbrotkarten.

4. Die Zusatzbrotkarten werden ausgegeben an die Verbraucher deren Familiennamen anfangt:

mit den Buchstaben A bis F am

Dienstag, dem 17. Dezember 1918

mit den Buchstaben G bis K am

Mittwoch, dem 18. Dezember 1918

mit den Buchstaben L bis R am

Donnerstag, dem 19. Dezember 1918

mit den Buchstaben S bis Z am

Freitag, dem 20. Dezember 1918

a) für die innere Stadt in den Geschäftsräumen des Polizeiamtes, Mengstraße 6, L

b) für die Vorstadt St. Lorenz in der Polizeiwache St. Lorenz,

c) für die Vorstadt St. Gertrud in der Polizeiwache St. Gertrud,

d) für die Vorstadt St. Jürgen in der Polizeiwache St. Jürgen,

e) für Travemünde in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,

f) für das übrige Einigemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,

g) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

5. Die Abholung der Karten darf nicht durch Kinder unter 12 Jahren geschehen.

Lübeck, den 11. Dezember 1918.

(6917)

## Das Polizeiamt.

### Ungültigkeitserklärung von Brotkarten.

Die Brotkartenhefte 82201, 82202, 82203, 82204, 82205, 82206, 84451, 84452, 84453, 84454, 84455, 84456, 84457, 84458, 84459, 84492, 84493, 84494, 84495, 84496, 84497, 84498, 84499, 84500, 100951, 100952, 100953, 100954, 100955, 100956, 100957, 100958, 100959, 100960, 100961, 100962 werden hierdurch für ungültig erklärt.

Den Bürgern und Fleihhändlern wird untersagt, auf die mit diesen Nummern bezeichneten Brotkarten Brot oder Mehl zu verabfolgen. Sie werden gleichzeitig aufgefordert, die Vorräte dieser Brotkarten anzuhalten, ihre Personalien festzustellen und ihnen die Brotkarten abzunehmen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf lose Brotkartenabschnitte kein Brot oder Mehl abgegeben werden darf.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei eines der vorstehend aufgeführten Brotkartenhefte der Gewaltstiftelle, Breite Straße 401, ablieferter oder deren augenblicklichen Inhaber nachzuweist, erhält eine Belohnung von 5.— M. für jedes abgelieferte oder nachgewiesene Brotkartenheft.

Lübeck, den 12. Dezember 1918.

(6950)

## Das Polizeiamt.

Aus dem Seete oder der Marine entlaßt, se und weiter zu zugelehrte Offiziere und Mannschaften werden erlaubt, sich zur Regelung der Besteuerung alsbald im Steueramt, Zimmer Nr. 1 bis im Erdgeschloß, unter Vorlegung ihrer Militärcapiere, zu melden. Die Meldung kann auch schriftlich unter Angabe des jetzigen Wohnsitzes geschehen. Nur durch die rechtzeitige Meldung werden spätere Nachzahlungen vermieden.

Lübeck, den 7. Dezember 1918.

(6912)

## Die Steuerbehörde.

Der zweite Teilbericht der Gewerbebevölkerung für 1918/19 ist in der Zeit vom 2. bis 16. Dezember bei Vermeidung des gelesenen Steuerzuschlages zu entrichten.

Lübeck, den 29. November 1918.

(6908)

## Die Steuerbehörde.

### Landespostamt.

Gutin, den 10. Dezember 1918.

Auf Anordnung des A- und S-Rates wird der Höchstpreis für Pferdeleinen und Pferdefutter auf 150 M. für das Land festgesetzt.

Mahlstadt.

## Drucksachen aller Art

verlegt an

## Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Johannissstraße 46.

## Gefangensterverkehr.

Vergütungen der Gefangenen und Besetzungen der Absender über Güterwagen, die Freitag, den 27. Dezember, ent- oder beladen werden sollen, sind während Mittwoch, den 25. Dezember, bis 12 Uhr mittags abzugeben.

Die bis zu diesem Zeitpunkte nach den Plänen 101 bis 188 — Konigslagabiet — bearbeiteten Wagen werden dort ebenfalls möglichst schon am Freitag gestellt. (Fernsprecher: Schule 580, Privatwohnung 1495). 6907

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft

## Johanneum.

(Reform-Realgymnasium Frankfurter Systems.)

Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich wochentags 10 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$  Uhr, auf vorherige Anfrage auch zu anderer Zeit, im Gebäude des Katharineums, Königstraße 27, 1. Tr. links, zu sprechen. Die Anmeldungen für Ostern 1919 sind bis 20. Dezember zu bewirken. (Fernsprecher: Schule 580, Privatwohnung 1495). 6907

Dr. Stodte, Direktor.

## Sozialdemokratischer Verein.

### 5. Distrikt.

13. und 14. Bezirk (Hüxtertor).

Attendorstr., Falckenstr., in der Falkenwiese, Moritzkirche, Welzerstraße, Cerevalstr., Travelmannstr., Wallenhusen, Augustenstr., Blankstr., Bleicherstr., Blücherstr., Dorotheenstr., Falkenplatz, Hüxtertor-Allee vom Falkenplatz bis zur Moltkestr. (Nr. 1—26), Moltkestr., Sendigstr., Vorstr., Bietenstr.

## Verfammlung

am Dienstag, dem 17. Dezember, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr im Restaurant von Gustav Ehlers, Hüxstr.

Alle Parteigenossinnen und Genossen, die gewillt sind, bei den Wahlen mitwirkt zu sein, werden dazu eingeladen.

Der Distriktsführer.

Karl Wittfoot.

### 12. Distrikt.

Dienstag, den 17. Dezember, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

## Verfammlung

bei J. Groth, Kottwitzstraße 16.

Straßen: Vorstr. St. Gertrud: Adolfusstr., Meganderstr., Venimstr., von der Roedstr. bis zur Grusstr. besitz. Bergstr. (Nr. 1—18 b u. 2—14a), Bergstr., Bonnstr., Blülowstr., Grusstr., St. Gertrudring, Grusstr. Weg, Gustav-Adolfstr., Heil., Geitkamp, Voigtsstr., Marlistr., von der Roedstr. bis zur Bülowstr. (Nr. 42a) und bis zum Haus Nr. 42d Erste Ochsenkoppel, Parstr. von St. Gertrudring bis zur Roedstr. (Nr. 22ff.), Roedstr., Roedstr. jenseits der Paulstr. (Nr. 21—51 und 51—52), Werderstr., Wiesenweg, Arnimstr., jenseits der Gr. und der Werderstr. (Nr. 15 und 16 ff.), Heinrichstr., Lauershoffstr., Lützelstr., Mailring, Am Ritterhof, Schönampstr.

Chausstr., Zweite Fischerbuden, Gneisenaustr., Goedenstr., Hoevelstr., Hohenstaufenstr., Hohenholzstr., Kaiser-Wilhelmstr., Kaninchenberg, Kortwitzstr., Marlistr., jenseits Bülowstr. (Nr. 45 u. 44 ff.), Wolkendorf, Roonstr., Scharnhorststr., Spieringhorst, Walderseestr., Wittmerstr., Mittelsbachstr.

## Der Distriktsführer.

Aug. Jäger.

## Sozialdemokratischer Verein.

### 1. u. 4. Distrikt.

Dienstag d. 17. d. Mts., abends 8 Uhr

## Verfammlung

im Gewerkschaftshaus, Johanniskirche 50—52.

Die in diesen Distrikten wohnenden Genossinnen und Genossen sollten vollzählig erscheinen.

## Die Distriktsführer.

J. Reppenhagen. W. Bruns.

Zum 1. Distrikt gehören folgende Straßen: Gr. u. St. Paulsstr., Effengrube, Feuerstr., Harterstraße, Kapitelstr., Mühlenstr., Obertrave Nr. 22—59, Parade, Bierdemarkt, Lichte Querstraße, 3. Wallstr., St. Annenstr., Döpkenstr., Königstr. Nr. 113—128 u. 10—124, An der Mauer Nr. 39—57 und 58—160, St. Annenstr., Weberstr., Regidienstr., Balauerhof, Königstr. 75—111 u. 66 bis 108, Krähenstr., Schild- und Wettm. str.

Zum 4. Distrikt gehören: Gleengieher, Gerber, Kanalstr., von der Gr. Göpelgrube bis Hüxtorstr., Königstr. 1—73 und 2—60, Pfaffenstr., Pg. u. Weier, Lohberg, Steinstr., Wakenitzmauer 17—216, Hundes, Johanniskir., Rosenparthen, Alter u. St. Schrägen, Tünkenhagen, Fleischbauer, Hüxstr., Hüxterdamm, An der Mauer (Bleichstr. bis Hüxstr.), Schlumacherstr., Bei St. Johannis.

Auch die in diesen Distrikten tätigen und in anderen Distrikten wohnenden Genossen müssen erscheinen.

## Sozialdemokratischer Verein.

### 13., 14. u. 15. Distrikt (Landdistrikte).

## Verfammlung

sämtl. tätigen Genossen am Mittwoch, d. 18. Dez., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Rosannistr.

Die Distriktsführer.

N.B. Mitglieder, die noch bei der bevorstehenden Wahl mitwirkt sein wollen auf dem Landgebiet, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

## Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

## Versammlung

am Donnerstag, d. 19. Dez., abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tageordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
3. Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Arbeitgeberbund.
4. Eingänge.

Zu dieser Versammlung sind auch die Gewerkschaftsvorstände eingeladen.

Die Kartellkommission.

## Gelegenheitskauf.

Einfaches Taschenuhren für Damen und Herren, fast neu.

Trägerlose unter Garenfe. Uhrmächer, (6921) Matern, Beckergrube 28. Johanniskirche 46.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johanniskirche 46.

## Schlutup.

### Sozialdemokratischer Verein

Mittwoch abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im Gasthaus zur Linde.

Tageordnung:

Die Verarbeiten zur Wahl

der Nationalversammlung u.

zur Bürgerschaft.

Alle kommen! Die vom Militär entlassenen und noch nicht wieder gemeldeten Genossen sind hierdurch besonders eingeladen.

Der Vorstand.

## Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

13. und 14. Dezember: